

**Dezember
2006**

Das französische Bildungssystem: Gleichmacherei und Ungleichheiten

Lars Weber

Die Krise um den Ersteinstillungsvertrag (CPE) in diesem Frühjahr hat die Misere des französischen Bildungssystems deutlich gemacht. Universitäten bilden massenweise Studenten aus, ohne sich dabei am Bedarf des Arbeitsmarktes zu orientieren. Darüber hinaus brechen viele Studenten ihr Studium ab. Diese und andere Faktoren führen zu einer hohen Arbeitslosigkeit der unter 25 Jährigen, 21,9 Prozent im Vergleich zu 16,7 Prozent in den 15 ‚alten‘ EU-Mitgliedsstaaten. Um Schüler besser auf den ausgewählten Bildungsweg vorzubereiten, sollen Beratungsangebote in der Schule, aber auch während des Studiums bzw. der Ausbildung verbessert werden. Neben der dringend notwendigen Reform der Universitäten, wird auch ausgiebig über die „Carte Scolaire“ diskutiert. „Carte Scolaire“ bedeutet, dass Kinder dort, wo sie wohnen, zur Schule gehen müssen. Die beiden Favoriten für die nächstjährige Präsidentschaftswahl, Ségolène Royal für die Sozialisten und Nicolas Sarkozy für die UMP, haben eine Lockerung bzw. sogar die Abschaffung (Sarkozy) der „Carte Scolaire“ gefordert.

Die „Carte Scolaire“ wurde 1963 eingeführt, als die Zahl der Schüler und somit auch der neu eingerichteten Schulen zunahm. Die Carte diente der Verteilung von Schülern und Lehrern in einem gewissen geographischen Bereich. Seit der Einführung des Collège unique 1990, alle Schüler sind zusammen bis einschließlich der neunten Klasse, sorgt die Carte Scolaire zusätzlich für eine soziale Vermischung der Schüler. Es soll somit eine Ghettoisierung der Vorstädte verhindert werden. Allerdings wird dieses Prinzip in der Realität häufig ausgehöhlt: Zahlreiche Eltern, überwiegend aus mittleren- und oberen Schichten, umgehen die Regelung der Carte Scolaire, indem sie ihre Kinder auf Privatschulen schicken. 20 Prozent der Schüler gehen bereits auf Privatschulen. Die öffentlichen Mittelschulen, Collèges, werden häufig mit einem schlechten Lernniveau, Gewalt und überfüllten Klassen in Verbindung gebracht. Weitere Möglichkeiten, um Kinder in bessere Schulen zu bringen, sind der Umzug der Familie sowie fiktive Adressen.

Ségolène Royal forderte ein Ende der Hypokrisie: eine soziale Vermischung gäbe es sowieso nicht. Sie will den Zwang aufheben, Kinder problembelasteten Schulen zuzuweisen. Royals Position wurde kritisiert, da man Ungleichheit durch die Lockerung der Carte eher noch verschärfen würde. In diesem Falle müssten die schlecht gestellten Schulen mit massiven finanziellen Mitteln unterstützt werden, um für ihren Fortbestand zu sorgen.

Studien geben Royal allerdings Recht. Die soziale Vermischung ist besonders in französischen Großstädten ab dem Collège eine Illusion. Von 109 öffentlichen Schulen in Paris stellen in den sechsten Klassen Kinder von wohlhabenden Eltern 46 Prozent der Schülerschaft in den besten 58 Schulen. 18 Prozent der Schüler kommen dagegen aus bescheidenen Verhältnissen (Arbeiter, bzw. Arbeitslose). Am anderen Ende der Fahnenstange, in den 17 am schlechtesten geltenden Schulen kommen nur 7 Prozent aus wohlhabenden Elternhäusern (Geschäftsführer, leitende Angestellte, Lehrer sowie freie Berufe), während der Anteil der Kinder von Arbeitern und Arbeitslosen bei 51 Prozent liegt.

Royals Kritiker verweisen ebenfalls mit Recht darauf, dass seit den 80er bis Mitte der 90er Jahre die Carte Scolaire bereits gelockert wurde, ohne dass bessere Ergebnisse erzielt wurden. In Paris entschieden sich die meisten Eltern für einige wenige Schulen, die aber nur eine gewisse Zahl von Schülern berücksichtigen konnten. Die bestehenden Gräben zwischen besten und schlechtesten Schulen wurden hierdurch noch tiefer. Durch eine freie Schulwahl würden wahrscheinlich die besten Schüler die als schlecht geltenden Schulen verlassen, was für die verbleibenden Schüler eine Niveauverschlechterung bedeuten würde.

Ob mit oder ohne Carte Scolaire müssten vom Staat Maßnahmen getroffen werden, um für eine soziale Vermischung der Schule zu sorgen. Die beiden Doktoranden der Hochschule für Sozialwissenschaften (EHESS), Gabrielle Fack und Julien Grenet, schlagen die Festschreibung eines Prozentsatzes für Kinder aus sozialen Brennpunkten für jede Schule vor, privat oder öffentlich. Bei einer Beibehaltung der Carte Scolaire sollte das Einzugsgebiet für Schulen jedes Jahr neu festgelegt werden, um für mehr Heterogenität zu sorgen.

Viele Schulabbrecher

Die Carte Scolaire ist aber nur eines der aktuellen Probleme des französischen Bildungssystems. Das Collège Unique, die allgemeine Mittelschule bis einschließlich der neunten Klasse, ist ebenfalls umstritten. Knapp zwei Drittel der französischen Lehrer sprachen sich in einer Umfrage gegen diese Schulform aus und fordern eine Orientierung in unterschiedliche Schulzweige bereits nach der siebten an Stelle der neunten Klasse. Die Einführung dieser Einheitsschule unter dem damaligen Bildungsminister Jospin hatte das Ziel, die Chancengleichheit zu fördern. 80 Prozent jedes Jahrgangs sollten das Abitur ablegen, entweder den allgemeinen Abschluss, den technischen oder das Baccalauréat Professionnel. Das gemeinsame Lernen hatte aber einen gegenteiligen Effekt. Schwache Schüler sind frustriert und fühlen sich ausgegrenzt. Die Schule als Integrationsmittel für Kinder aus sozial schwachen Haushalten und für Kinder mit Migrationshintergrund funktioniert immer weniger. Brennende Schulen und Turnhallen während der Unruhen in den Vorstädten im Herbst 2005 haben das veranschaulicht.

Die Regierung Villepin hat das Collège Unique nicht abgeschafft, aber im April diesen Jahres das Gesetz „Chancengleichheit“ verabschiedet, das 14 Jährigen die Möglichkeit bietet, eine Lehre zu beginnen. Diese Lehre kann aber jederzeit abgebrochen werden, wenn derjenige lieber wieder auf die Schulbank zurückkehren will. Diese Maßnahme ist wegen des jungen Einstiegsalters umstritten. Pädagogen begrüßen dagegen, dass weniger Schüler durch den frühen Berufeinstieg zu eventuellen Schulabbrechern werden.

Nach der neunten Klasse müssen sich Schüler zwischen drei weiterführenden Schultypen entscheiden. Das dreijährige allgemeine oder technische Gymnasium (lycée) geht bis zum Abitur (baccalauréat), wobei der technische Abschluss eine Kombination aus einem allgemeinem Schul- sowie einem Technikerabschluss darstellt. Der zweite Schultyp nach

dem Collège ist das Lycée Professionnel, eine Fachschule, auf der eine zweijährige schulische Ausbildung absolviert werden kann. Im dritten Bereich findet dagegen eine betriebliche Ausbildung statt. 40 Prozent der Collège-Abgänger entscheiden sich für den zweiten und dritten Zweig. Der Übergang in die weiterführenden Schulen bzw. in die Ausbildung gestaltet sich aber schwierig: ein Fünftel der französischen Schüler verlässt entweder mit der mittleren Reife oder lediglich mit einem Nachweis über den Grundschulbesuch oder ohne jeglichen Abschluss die Schule. 45 Prozent der Arbeitslosen haben keinerlei Schulabschluss.

Reformbedarf bei den Universitäten

Eine weitere Baustelle des Bildungssystems sind die Universitäten, bei denen dringend Reformbedarf besteht. Das Gefälle zwischen regulären Universitäten auf der einen Seite und den Eliteschulen Grandes Écoles auf der anderen Seite ist groß, besonders in Bezug auf die Verteilung der Finanzmittel. Das Studium an den allgemeinen Universitäten ist zu wenig auf die Lage am Arbeitsmarkt zugeschnitten, wodurch zahlreiche Studienabsolventen ohne Job dastehen.

Durch das republikanische Prinzip der Gleichheit, was in den Schulen angewandt wird, werden die Universitäten zu Massenbildungseinrichtungen. 40 Prozent eines Schuljahrgangs gehen heute auf die Universität im Vergleich zu 15 Prozent vor 20 Jahren. Die unterschiedlichen Schulzweige sollten die Schüler bereits in gewisse Ausbildungsbahnen lenken: Die Abgänger mit allgemeinem Abitur in Richtung Universität, Ingenieurs- Handelsschulen und Grande Ecole, die Abgänger der technischen Lycées auf spezielle Technischulen, die nach zwei Jahren mit einem speziellen Technikerabschluss beendet werden. Die Absolventen der Lycées Professionnels können bereits in ihre erlernten Berufe einsteigen.

Die Realität sieht allerdings ganz anders aus. Jeder Abiturient kann in jedem Universitäts- bzw. Fachschulbereich studieren, mit Ausnahme der Ingenieurs- und Handelsschulen sowie die Grandes Écoles, die ihre Studienplätze per Aufnahmeprüfung vergeben. So kommt es an den regulären Universitäten im premier cycle, den ersten beiden Studienjahren, zu einer Aussiebung der Studenten. 6000 Abiturienten des Bac Professionnel von 92.000 entscheiden sich jedes Jahr für die Universität, aber nur 17 Prozent schaffen den DEUG, den Abschluss nach zwei Jahren. 15.000 Abiturienten des technischen Zweigs verlassen jedes Jahr die Universität ohne Abschluss, womit die Erfolgsquote bei nur 40 Prozent liegt. Die allgemeine Durchfallquote nach dem zweiten Studienjahr liegt ebenfalls bei 40 Prozent.

Wie lässt sich diese mangelnde Orientierung bzw. Fehlorientierung dieser Studentenmassen erklären? 80.000 verlassen jedes Jahr die Universität ohne Abschluss. Es muss erwähnt werden, dass das französische Bildungssystem ein schier undurchdringbarer Dschungel ist, mit seinen 22.000 Bildungswegen nach dem Abitur laut Le Monde. Um den richtigen Weg einzuschlagen, scheint Beratung unbedingt notwendig, und genau daran mangelt es in Frankreich. Auf einen Berater kommen im Schnitt über 1000 Schüler. Darüber hinaus kennen sich die Berater tendenziell zu wenig mit Wirtschaft und den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes aus, da sie häufig ausgebildete Psychologen sind. Bereits in den Schulen sollte Beratung stattfinden, um frühzeitig auf die Tücken des Systems hinzuweisen.

Genau an diesem Punkt möchte der Minister für höhere Bildung, Francois Goulard, nun ansetzen. Durch eine vorgezogene Einschreibung an den Universitäten soll die Möglichkeit

zu einer individuellen Beratung gegeben werden. Somit könnte auf überfüllte oder unterbesetzte Studiengänge besser aufmerksam gemacht werden. Darüber hinaus soll den Abgängern der technischen und beruflich orientierten Schulen nahe gelegt werden, technische und handwerkliche Ausbildungswege, die auf zwei Jahre begrenzt sind, einzuschlagen. Eine bessere Betreuung von Studenten, in Form von Tutorien, mit der die Durchfallquote oder Studienabgängerquote gesenkt werden könnten, ist ein weiterer Ansatzpunkt zu Verbesserung der Lehrsituation an den Universitäten. Ab dem ersten Semester sollen Studenten mit mangelhaften Leistungen alternative Bildungswege vorgeschlagen werden.

Für eine bessere Orientierung der Studenten zu sorgen, was schon mit Betreuung in der Schule beginnt, ist einer der Vorschläge des kürzlich vorgestellten Hetzel-Berichts. Der Premierminister hatte nach der Krise des Ersteinstellungsvertrags extra eine Kommission eingesetzt, die sich mit dem Universitätssystem und dem Arbeitsmarkt auseinandergesetzt hat. Die Kommission um den Dekan der Akademie von Limoges schlägt vor, dass Schüler in der troisième (9. Klasse) ein erstes Beratungsgespräch führen, bevor sie in der terminale (12. Klasse) ihre Berufswünsche aufschreiben. Statistiken über die Erfolgsaussichten in den ausgewählten Ausbildungszweigen sollen den Schülern zur Verfügung gestellt werden, wie auch Beratungsmöglichkeiten von Schule und Hochschule. Eine Voreinschreibung wird im Hetzel-Bericht begrüßt. Die endgültige Entscheidung über den Bildungsweg bleibt aber den Abiturienten überlassen. Die Kommission hat sich gegen die Einführung eines Numerus Clausus ausgesprochen. Der Hetzel-Bericht sieht außerdem vor, Studenten besser auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten mit Computer- und Fremdsprachenkenntnissen, Praktika oder Auslandssemestern.

Auch bei der Finanzierung der Universitäten setzt die Kommission an, ein weiteres großes Problem des französischen Bildungssystems. Die Verteilung der staatlichen Mittel an die Universitäten soll teilweise von der Integration der Studienabgänger in den Arbeitsmarkt abhängig vergeben werden. Dies wäre ein radikaler Einschnitt. Die Mittel würden teilweise leistungsabhängig gemacht werden. Bisher richtet sich die Höhe der Gelder ausschließlich nach der Studentenzahl. Eng verbunden mit der Finanzierung ist auch die Autonomie der Universitäten. Da der überwiegende Teil der Finanzen aus staatlichen Geldern besteht, sind die Hochschulen von den Entscheidungen des Staates abhängig, wodurch ihre Autonomie sehr eingeschränkt ist.

Nur 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts fließt in Frankreich in höhere Bildung. Der Schnitt in den OECD-Ländern liegt bei 1,5 Prozent. Dann gilt es noch zu unterscheiden zwischen regulären Studenten (6800 Euro pro Jahr) und den Studenten der Vorbereitungsschulen für die Grandes Écoles, für die bis zu 13.000 Euro jährlich ausgegeben werden.

Zur besseren Finanzierung der Universitäten gibt es verschiedene Vorschläge. Zum einen die Erhöhung des Bildungsetats seitens des Staates, zum anderen eine engere Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, die sich dann auch finanziell beteiligen könnte. Die Lehre würde somit praxisorientierter, was den Studenten am Arbeitsmarkt zu Gute käme. Unternehmen könnten besser Berufseinsteiger aussuchen und würden vom direkteren Kontakt zur Forschung profitieren. Bei den Grandes Écoles ist diese Art der Anbindung an die Wirtschaft bereits heute der Fall. Wie in Deutschland wird darüber hinaus die Erhöhung von Studiengebühren angedacht bei gleichzeitiger Einführung eines allgemeinen Stipendiensystems. Studenten könnten für ihren finanziellen Aufwand auch eine adäquate Gegenleistung fordern.

Nikolas Sarkozy möchte den Universitäten deutlich mehr Autonomie einräumen durch die Beseitigung bürokratischer Hürden, die Entscheidungsprozesse erschweren. Außerdem

sollen die Unis ihre Studenten besser auswählen können. Die Auswahl und Bezahlung der Forscher und Professoren soll von den Hochschulen ebenfalls freier gestaltet werden können. Das Budget soll bis 2012 um 50 Prozent erhöht werden: „Die Ausgaben für einen Studenten sind geringer als für einen Gymnasiasten und drei Mal niedriger als für einen amerikanischen oder schweizerischen Studenten.“

Im Projekt der Sozialisten heißt es lediglich, die Ausgaben pro Studenten auf das Niveau der OECD anzuheben. Eine Auswahl der Studenten seitens der Hochschulen sowie höhere Einschreibegebühren lehnt die gerade gekürzte PS-Kandidatin für die Präsidentschaftswahlen ab. Ségolène Royal zeigt sich entschlossen hinsichtlich Forschung und Bildung: sie verspricht eine „Schlacht für die Wissenschaft“ im Falle eines Wahlsieges. Sie möchte den Forschern die Möglichkeit geben, sich sowohl in staatlichen, wie auch in privaten Einrichtungen zu betätigen, was bisher so nicht möglich ist. Royal will ebenfalls für eine engere Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Universitäten sorgen. Durch mehr Synergien zwischen Grandes Écoles und Universitäten will sie die Kluft zwischen beiden Einrichtungen verringern. Darüber hinaus will die Kandidatin der PS die Regionen bei den Universitäten mit ins Boot holen. Sie sollen die Bildungsstätten und Studentenwohnheime mitfinanzieren. Außerdem will sie für bessere Lebensbedingungen der Studenten durch Fördergelder sorgen.

Dies scheint auch dringend notwendig. Laut Angaben der UNEF, dem größten Studentenverband, sind die Kosten für Studenten (Einschreibegebühr, Krankenversicherung, Wohnung) um 23 Prozent innerhalb von fünf Jahren gestiegen. Die Stipendien und das Wohngeld sind laut UNEF im gleichen Zeitraum aber nur um 10 Prozent gestiegen. Fast die Hälfte aller Studenten muss neben dem Studium arbeiten. Die Durchfallquote bei den arbeitenden Studenten liege um 40 Prozent höher als bei den nicht arbeitenden. Somit gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen Studienleistung und finanzieller Situation. Das bedeutet, dass bei der Reform der Universitäten unbedingt auch für ein verbessertes Stipendiensystem gesorgt werden sollte, damit Studenten überhaupt und in kürzerer Zeit zu ihrem Abschluss kommen und die hohe Zahl der Studienabbrecher zurückgeht.

Lars Weber ist freier Journalist in Paris sowie Mitarbeiter des Pariser Büros der FES.

Der Inhalt dieses Beitrags gibt nicht unbedingt die Meinung der FES wieder.

Verantwortlich: Winfried Veit